

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 35.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Für die Redaction einzeln zu bezahlende Anzeigen
werden nach dem Tarif berechnet.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 9 Uhr.

In der Administration für Zus. Anzeigen:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Bismarckstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16.150.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Fracht 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 39 M.
mit Postbeförderung 45 M.

Einzelne 3gebl. Beilage 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Labelnacher
Satz nach letztem Tarif.

Reklamen unter dem Redactionsdruck
die Spalte 48 Pf.
Anzeigen sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachschuß.

№ 223.

Freitag den 16. Juli 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die gesundheitlichen Interessen unserer Stadt und um die gänzliche Beseitigung des alten Johannis-Friedhofes zu beschleunigen, hatten wir durch Bekanntmachung vom 5. März 1874 den Inhabern von Erbgräbnissen auf dem alten Johannis-Friedhofe den Umtausch derselben gegen neue Grabstellen auf dem nördlichen Friedhofe unter Abtretung der alten Stellen und gegen Zahlung von 24 Thaler, und den Inhabern von solchen Grabstellen, welche metallene Einfriedigungen oder Denkmäler haben, die Erwerbung neuer Stellen auf dem nördlichen Friedhofe gegen die halbe Gebühr unter der Bedingung angeboten, daß der Umtausch der Erbgräbnisse oder Grabstellen spätestens bis 1 Jahr nach Eröffnung des nördlichen Friedhofes bewirkt werde. Da sich die letztere in unerwarteter Weise verzögert hat, im Hinblick auf die kurze Frist aber, innerhalb welcher Verdingungen auf dem alten Johannis-Friedhofe überhaupt noch stattfinden dürfen, die Aufrechterhaltung unseres damaligen Anerbietens, von welchem übrigens bisher Niemand Gebrauch gemacht hat, ungerechtfertigt erscheint, so nehmen wir mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten hierdurch die in unserer Bekanntmachung vom 5. März 1874 gegebenen Zusicherungen zurück.
Leipzig, am 7. Juli 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. W.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß von Montag den 19. d. M. ab die Spülung der Zweigleitungen des städtischen Wasserleitungs-Rohrennetzes vorgenommen werden wird.
Leipzig, den 12. Juli 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Stdt.

Bekanntmachung.

Die Gutrittscher Straße wird des dort in der Ausführung begriffenen Schleusenbaues wegen auf der Strecke zwischen dem Schiller Wege und dem in der Nähe des Bauwerkhauses von der Gutrittscher Straße nach dem Schiller Wege führenden Communicationsweg vom 14. dieses Monats ab bis zur Fertigstellung des Baues für schweres Fuhrwerk gesperrt. Letzteres wird hiermit auf den gedachten Communicationsweg verwiesen.
Leipzig, am 13. Juli 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Dr. Wangemann.

Submission der Kohlenfuhrn von den Bahnhöfen bis in die Gasanstalt.

Die in der Zeit vom 1. September 1880 bis einschließlich 31. August 1881 erforderlichen Kohlenfuhrn und zwar ca. 235,000 Centner von dem Kohlenbahnhofe der königlich sächsischen Bahnen und ca. 470,000 Centner von dem Thüringer Bahnhofe bis in die Gasanstalt sollen im Ganzen oder getheilt an den Mindestfordernden, mit Vorbehalt der Auswahl unter den Submittenten und jeder sonstigen Entscheidung, vergeben werden.
Die Bedingungen sind im Bureau der Gasanstalt einzusehen und die Offerten längstens bis zum 26. Juli c. Abends 6 Uhr versiegelt und unter der Aufschrift: „Offerte für Kohlenfuhrn der Gasanstalt“ auf der Runtiat der Rathshube abzugeben.
Leipzig, den 12. Juli 1880.
Des Raths der Stadt Leipzig Deputation zur Gasanstalt.

Bekanntmachung.

Wegen Bormahme dringlicher Wasserbauten wird der Elstermühlgraben hier von der Jessingstraße ab vom 21. d. M. an auf ungefähr 8 Tage abgeseigt. In dem von uns öffentlich bekanntgemachten bringen, fordern wir die Adjacenten hierdurch auf, innerhalb dieser Zeit die etwa erforderlichen, ihnen obliegenden Bauten und Reparaturen an Ufern, Brücken u. s. w. ausführen zu lassen.
Leipzig, den 13. Juli 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Beim hiesigen Stadtfrankenhaus soll ein zweiter Apotheker mit einem Gehalte von jährlich 750 M. und freier Station vom 1. October d. J. an angesetzt werden.
Bewerber um diese Stelle wollen ihre Gesuche unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse bis zum 16. August d. J. schriftlich bei uns einreichen.
Leipzig, den 6. Juli 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Messerschmidt.

Deutsche, Slaven und Ungarn.

Der complicirte Apparat des österreichisch-ungarischen Parlamentarismus hat seine Thätigkeit nunmehr eingestellt. Der Zeitpunkt erscheint daher wohl geeignet, um aus den Kämpfen, welche das Deutschthum Ungarn und Slaven gegenüber in den Parlamenten zu bestehen hatte, einige Schlüsse zu ziehen. In den vielgespaltenen Ländern der L. I. Monarchie sehen wir die Agitation gegen deutsches Wesen, deutsche Sprache und Cultur neuerdings wieder ganz besonders üppig ins Kraut schießen. Die Aera der „neutralen“ und „Vermittlungsministerien“ mit ihren Versuchen, die feudale, ultramontane und nationale Opposition zu versöhnen, und der Rückgang der deutschen liberalen Verfassungspartei ist ein fruchtbarer Boden für das Gedeihen der antideutschen Bestrebungen, zumal in einer Zeit, wo die Nationalitätsidee ohnehin allerwärts unter den treibenden politischen Kräften in erster Linie steht.

In Böhmen und Ungarn namentlich sehen wir — so führt die „N. L. C.“ aus — den Fanatismus gegen das Deutschthum wunderliche Blasen treiben. Mit kleinlichen gehässigen Demonstrationen und einer bornirten Ansehung der deutschen Sprache im Jugendunterricht und im öffentlichen Verkehr glauben Magyaren und Czechen an der handgreiflichen Thatsache vorüberzukommen, daß die ganze Cultur des österreichisch-ungarischen Kaiserstaates auf deutscher Grundlage beruht. Die beiden Länder, wo der Deutschenhaß jetzt wieder so systematisch gepflegt und großgezogen wird, sind nicht nur zum großen Theil von Angehörigen der deutschen Nationalität bewohnt, das deutsche Element ist auch ganz überwiegend im Besitze der Bildung, des Wohlstandes, der Betriebsamkeit, des Handels, kurz der geistigen und materiellen Cultur, und ist zu dieser Stellung gelangt keineswegs etwa durch künstliche Beförderung von oben, sondern lediglich durch die ihm innewohnende größere sittliche und intellektuelle Thätigkeit.

Diese Thatsache mag die Eigenliebe verletzen und ungern gehört werden, allein damit wird sie nicht aus der Welt geräumt. Es dringen dann und wann wohl auch einzelne unbefangene Stimmen hervor; so heißt es z. B. in einem in Wiener Blättern wiedergegebenen Artikel des correct magyarisirten Politikers Hunfalvy: „Nicht weil die Gymnasialschüler auch deutsch zu lernen gezwungen werden, beherrschen die Deutschen die Industrie und den Handel, die Börse und die Banken, und nicht deshalb nehmen sie an Wohlstand und vorwärts die ungarischen geistigen Proletarier, sondern deshalb, weil die Schone des hohen und mittleren Adels nur die Gymnasien besuchen, dort aber weder deutsch, noch lateinisch, noch griechisch, noch kroatisch, noch walachisch lernen, weil sie in den Schulen zu keiner angestrengten Thätigkeit sich bequemen wollen und nur Alles von dem Repetitor der Protection erwarten. Nicht Derrnige wird den Kampf ums Dasein siegreich bestehen, der sich nach Schandenart in sein Gehäufes zurückzieht, der sich von Anderen isolirt und jede Arbeit scheut. Keine Regierung und keine Constitution und Gesetzgebung und kein Lehrplan kann uns retten, und sichern vor dem materiellen und geistigen Untergang, wenn wir nicht mit allen Kräften dahin streben, und das geistige Uebergewicht zu sichern. Auch große Nationen müssen bei der jetzt bestehenden Solidarität aller Völker herabfallen und untergehen, wenn sie sich isoliren und

nicht regen Antheil nehmen an dem Wettkampf der Gesamtheit.“

Allein solche Stimmen werden überhört. Man glaubt das Uebergewicht der deutschen Race abschütteln zu können, nicht dadurch, daß man ernstlich strebt, ihr in der geistigen und wirtschaftlichen Bildung gleichzukommen, sich aus der Rohheit und Unthätigkeit zur Höhe der deutschen Cultur aufzuschwingen, sondern dadurch, daß man in kleinlichen Egoismen und Anseindungen dem Racenhaß Luft macht und nationale Abhängigkeits-tendenzen verfolgt, die diese zurückgebliebenen Völker nur noch weniger concurrenzfähig mit einer überlegenen Civilisation machen werden. Die Magyaren insbesondere haben seit Errichtung des Dualismus eine politische Wachsthum- und Vorkühnheit erlangt, die weit über die Ansprüche hinausgehen, die das von deutschen und slavischen Elementen nicht durchwachene Magyarenthum gerechter Weise erheben dürfte. Sie sollten im Besitze dieser politischen Hegemonie sich sehr hüten, den anderen Nationalitäten ihr mit der inneren Thätigkeit sehr schlecht und nicht einmal mit der numerischen Kopzahl recht im Einklang stehendes materielles Uebergewicht allzu sichtbar zu machen. Mit Druck und Zwang ist das Deutschthum nicht zu magyarisiren, nicht einmal das Slaventhum in der östlichen Reichshälfte.

Wir sind auch gar nicht in Sorge, daß das Deutschthum in den Ländern der österreichisch-ungarischen Krone ernstlich in Gefahr kommen könne; dazu sind die Kräfte der Bedränger zu schwach; das Uebergewicht einer vielhundertjährigen Cultur läßt sich durch feindselige Ausbrüche eines beschränkten Fanatismus nicht überwinden. In es nicht ein für diese ganzen Bestrebungen höchst charakteristisches Zeichen, daß die deutschfeindliche Agitation in den slavischen und magyarisirten Landestheilen, während sie gegen das Uebergewicht des deutschen Wesens und der deutschen Sprache loszieht, sich vorwiegend eben derselben deutschen Sprache bedient, und sich nur in weiteren Kreisen verständlich zu machen? Nicht die Besorgnis, daß das deutsche Wesen in dem Donauraum wirklich unterdrückt werden könnte, läßt uns die neueste Deutschenhege in Ungarn und Böhmen so sehr bedauern, sondern die Erwägung, daß durch diese Racengegenstände und diesen Nationalitätshaß die innere Kraft und Festigkeit des österreichischen Staatsorganismus notwendiger Weise Schaden leiden muß, und gerade in den großen Wirren, die Europa zur Zeit und wohl noch auf lange hinaus beschäftigen, liegt die Nothwendigkeit eines starken, zielbewußten und actionsfähigen Oesterreichs klar auf der Hand.

Es ist merkwürdig, daß die Feindschaft gegen das Deutschthum gerade zu einer Zeit wieder zum stärksten Ausdruck kommt, wo das Einvernehmen in den großen politischen Weltfragen zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich ein aufrichtigeres und innigeres ist als jemals zuvor und auf durchaus gesunden und dauerverheißenden Grundlagen beruht, und daß ganz besonders die ungarische Staatskunst, die im eigenen Lande dem Deutschthum den Krieg ansagt, an der Herstellung einer engen Interessengemeinschaft mit Deutschland einen hervorragenden Antheil hat, der sich leicht aus der Furcht vor dem slavischen Uebergewicht erklärt. Auf die auswärtige Politik des österreichischen Gesamtstaates hat seit den Zeiten des Grafen Andrássy das Magyarenthum einen ausschlaggebenden Einfluß geübt, und in der engen An-

näherung der beiden großen Reiche der Mitte liegt die Frucht dieses Einflusses vor. Man sollte denken, diese Erwägungen müßten das Magyarenthum überzeugen, daß es besser wäre, auch im eigenen Lande mit dem deutschen Element sich zu vertragen und friedlich zusammenzuleben, als dasselbe durch Feindseligkeiten zu reizen, die ihren Zweck, Unterdrückung der überlegenen deutschen Cultur durch eine schwächere magyarisirte, doch niemals erreichen können.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 15. Juli.

An Angriffen auf die Reichsverfassung sieht es nicht. In verschiedenen Blättern finden wir die Mittelteilung, das Project der zweijährigen Budgetperioden sei zwar ausgegeben, dagegen werde noch immer an dem Vorschlag der Einführung vierjähriger Legislaturperioden festgehalten. Ob die Mittelteilung begründet ist, muß dahingestellt bleiben. Einen rechten Zweck könnten wir bei der Einführung vierjähriger Legislaturperioden noch weniger einsehen als bei der der zweijährigen Legislaturperioden. Die ersten würden eine nothwendige Zugabe der letzteren sein, ohne die letzteren aber läßt sich für sie kaum irgend ein Motiv anführen, als das Bestreben, die Aufregung von Wahlbewegungen um ein geringes seltener eintreten zu lassen. Daß dies eine Empfehlung des Vorschlages ist, möchten wir bezweifeln. Sehen wir doch jetzt schon in einzelnen Fällen, daß die Haltung der Vertreter mit der Befinnung ihrer Wähler in Widerspruch geräth, und bei den rasch wechselnden Strömungen, die heutzutage das öffentliche Leben durchziehen, kann es im Interesse einer wahren und treuen Repräsentation der jeweiligen Volksstimmung nicht wünschenswerth sein, die Fristen zur Erneuerung der gesetzgebenden Körperschaften noch weiter auszu dehnen.

Kenner des deutschen Reichsstaatsrechts finden die anscheinend zuverlässige Meldung kaum glaublich, daß Preußen beansprucht haben sollte, im Bundesrath gegen den odenburgischen Antrag auf Errichtung gemischter Privattransporthäuser für Getreide ohne Mitwirkung der Zollbehörde kraft des Art. 37 der Reichs-Verfassung den Ausschlag zu geben. Dieser Artikel bestimmt, daß bei Beschlußfassung über die zur Ausführung der gemeinschaftlichen Zollgesetzgebung dienenden Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen die Stimme des Präsidiums den Ausschlag giebt, wenn sie sich für Aufrechterhaltung der bestehenden Vorschriften oder Einrichtung entscheidet. Befanntlich ist die gleiche Bestimmung vom constitutionellen Reichstage auf Antrag des Königs. Zweiten auch im Art. 5 Nr. 2 (hinsichtlich des Militair- und Steuerwesens) aufgenommen und der Antragsteller rechtsertigt damals den Ausdruck „Einrichtungen“ statt „Gesetze“ mit der Erwägung, daß es manche Einrichtungen gebe, die nicht ausdrücklich auf Gesetzen beruhen, auf welche sich aber künftige Gesetze wohl beziehen können. Danach ist es unzweifelhaft, daß man damals nur an Einrichtungen organischer Natur gedacht hat, nicht aber an eine Summe einzelner Anstalten, die auf Grund von Gesetzen oder Einrichtungen errichtet sind, wie sie in Folge successiver Einzelbeschlüsse sich ganz zufällig im einzelnen Augenblicke darstellte. Würde es Jemandem befallen, die Anzahl der Post-Anstalten, die ein beliebiger Jahresetat aufweist, als eine

„bestehende Einrichtung“ anzusehen, so daß ihre Vermehrung um einige Stellen eine veränderte Einrichtung des Postwesens wäre?

Zu dem von uns bereits erzmogenen Plane der Abhaltung eines nationalliberalen Parteitages äußert sich nunmehr auch die „Nat.-Lib. Correspond.“ Das Parteilblatt schreibt: „Die Einberufung eines nationalliberalen Parteitages zum Zwecke einer Consolidation und Reorganisation der Partei ist ein seit Schluß des preussischen Landtags in der Presse lebhaft angeregtes und discutirtes Thema. Soweit unsere Informationen reichen, ist in weiteren Kreisen und unter den leitenden Persönlichkeiten der Gedanke bisher noch nicht in Erwägung gezogen worden. Es mag sein, daß man, wenn erst die Zeit der parlamentarischen Thätigkeit wieder herannaht, es für wünschenswerth hält, daß in engeren oder weiteren Kreisen unserer Partei eine offene Auseinandersetzung über die durch mancherlei Vorgänge der jüngsten Zeit geschaffene Situation stattfindet. Jedemfalls steht aber diese Eventualität noch einigermaßen in der Ferne. Mit Befriedigung ist es zu begrüßen, daß in der Discussion über die „national-liberale Frage“ die erste Aufregung einer merklich ruhigeren Betrachtung gewichen und daß von der „unvermeidlichen Auflösung“ kaum noch schiedlicher die Rede ist.“ Wir halten, was uns anbetrifft, an der Nothwendigkeit eines Parteitages fest und würden es sehr zu bedauern haben, wenn das Project ad calendas graecas verschoben würde.

Auch die „Danziger Zeitung“, das Organ des Herrn Rickert, schreibt in diesem Sinne: „Aus mehreren Wahlkreisen, u. A. auch aus dem Königreiche Sachsen, wird der Wunschk laut — und es ist wahrscheinlich, daß schon in nächster Zeit denselben ein formeller Ausdruck gegeben wird — daß das Centralwahlcomité der national-liberalen Partei noch vor dem Zusammenritte des preussischen Landtags einen Parteitag zusammenberufen möge. Dieser Wunsch erscheint uns sehr gerechtfertigt zu sein. Es ist nöthig, daß die Partei zu den wichtigsten Fragen, welche den Reichstag und die Landtage in der nächsten Session beschäftigen werden, insbesondere zu der Steuerreform eine feste Stellung einnimmt. Wir zweifeln nicht daran, daß die bei Weitem überwiegende Majorität der Vertrauensmänner der Partei den Standpunkt vertreten wird, der bereits von mehreren Mitgliedern derselben im Reichstage in den letzten Sessionen vertreten ist: Ablehnung des Steuerplans, der noch hundert und mehr Millionen neuer gerade nach unten hin drückender Steuern auferlegen will, um einige kleinere Reformen und Erlasse bei den directen Steuern zu erzielen. Erst warte man die Erfolge der vorjährigen „Steuerreform“ ab, die 130 Millionen neue und höhere Steuern, aber bis jetzt noch keinen Erlaß gebracht hat. Nach unserer Meinung wird es bei der gegenwärtig im Reich und unter den Wählern herrschenden Stimmung nicht schwer werden, eine Verständigung herbeizuführen, welche ein festes und unseren heutigen unklaren und unerschrockenen Verhältnissen entsprechendes Verhalten der Liberalen in Reichstag und Landtag sichert. Nur durch eine rechtzeitige Verständigung und durch ein einiges und entschiedenes Vorgehen aller liberalen Elemente wird es möglich sein, für den Liberalismus bei den nächsten Reichstagswahlen die bei den letzten Wahlen verlorenen Positionen wiederzugewinnen.“